

Bundeskongress

Politische Bildung
Zeitalter der Partizipation

21.- 23. Mai 2012



Aktionstage
Politische Bildung

5. bis 23. Mai 2012



teamGLOBAL Didaktik-Dialog

Neue Beteiligungsformen im
Kontext von Europäisierung & Globalisierung

23.5.2012, Berliner Congress Center

ERGEBNISDOKUMENTATION

Sascha Meinert, Michael Stollt

IPA LERNMEDIEN i.A. der bpb

INHALT

DER DIDAKTIK-DIALOG	3
DAS SCHWERPUNKTTHEMA: NEUE BETEILIGUNGSFORMEN IM KONTEXT VON EUROPÄISIERUNG & GLOBALISIERUNG	4
IMPULSVORTRÄGE	4
HINFÜHRUNG: BAUSTEINE FÜR DIE GLOBALE ZIVILGESELLSCHAFT VON MORGEN	4
DIE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE	6
PERSPEKTIVEN FÜR DIE DEMOKRATISIERUNG DER WELTINNENPOLITIK	7
PARTIZIPATIVE VERFAHREN AUF INTERNATIONALER EBENE ERFAHRUNGEN AUS DEN PROJEKTEN „WORLD WIDE VIEWS ON GLOBAL WARMING“ UND „WWVIEWS ON BIODIVERSITY“	7
PARTIZIPATION (ER)LEBEN - PROJEKTBEISPIELE AUS DER POLITISCHEN BILDUNG	10
„DIALOG MACHT SCHULE. POLITISCHE BILDUNG MIT JUGENDLICHEN IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT“	10
TEAMGLOBAL UND YOUNG EUROPEAN PROFESSIONALS	11
JUGENDDELEGIERTE ZUR UN-VOLLVERSAMMLUNG	12
„CHANCE EUROPA 2020 – JUGEND UND POLITIK IM DIALOG“	14
FAZIT	15
PROGRAMM	16

Der Didaktik-Dialog

Begleitend zu dem Netzwerkprojekt teamGLOBAL für junge Multiplikatoren/innen der politischen Bildungsarbeit, das IPA LERNMEDIEN i.A. der bpb betreut, findet regelmäßig ein Didaktik-Dialog statt. Kernanliegen des Didaktik-Dialogs ist es, anhand konkreter Projekte, Initiativen und Erfahrungen einen fachübergreifenden Austausch darüber zu führen,

- wie sich Globalisierung konstruktiv gestalten lässt,
- welche individuellen und kollektiven Fähigkeiten dafür erforderlich sind und
- wie diese durch Angebote der politischen Bildung gefördert werden können.

Der Didaktik-Dialog ist ein offenes Forum, das Expertise der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit, von Initiativen zivilgesellschaftlichen Engagements, aus der Soziologie, der Politikwissenschaft, den Erziehungs- und Kognitionswissenschaften, der Bildungspolitik und der Verwaltung zusammenbringt.



Anliegen des Didaktik Dialogs

- **Kontinuierlicher Austausch zu Ansätzen des Globalen Lernens**
(halbjährliche Treffen, begleitend zum Projekt teamGLOBAL)
- **Offenes, interdisziplinäres Forum**
- **Praxisorientierung**
- **Vernetzung und Synergieeffekte**
- **Jedes Treffen hat ein Schwerpunktthema**

Hier werden bewährte und neue Ansätze „Globalisierung zu lernen“ vor- und zur Diskussion gestellt, Variationen erkundet und neue Lernarrangements entwickelt. Jeder Didaktik-Workshop hat ein Schwerpunktthema, das in enger Beziehung zum Projektansatz von teamGLOBAL steht.

Der Didaktik-Dialog soll zum einen ein Forum für einen Austausch zwischen Persönlichkeiten aus der Szene des Globalen Lernens bieten, zum anderen sollen – auch in Bezug auf das jeweilige Schwerpunktthema – spezifische Expertise und neue Ideen / Personen in den Didaktik-Dialog eingebunden werden.

Am 23. Mai 2012 fand in Berlin der 9. teamGLOBAL Didaktik-Dialog statt. Unter dem Titel „Neue Beteiligungsformen im Kontext von Europäisierung & Globalisierung“ ging es um das Thema Partizipation und politische Bildung. Der Didaktik-Dialog war dieses Mal Teil des Bundeskongresses Politische Bildung 2012 „Zeitalter der Partizipation: Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?“.

Das Schwerpunktthema: Neue Beteiligungsformen im Kontext von Europäisierung & Globalisierung

Klimawandel, die Erhaltung der biologischen Artenvielfalt, die Regulierung von Finanzmärkten, Internetsicherheit, ... – viele Herausforderungen unserer Zeit machen die Grenzen unserer Systeme der nationalstaatlich verfassten, repräsentativen Demokratie deutlich. Entsprechend haben sich viele Entscheidungsprozesse in den letzten Jahrzehnten auf Handlungsebenen verlagert, die oberhalb des Staates liegen, z.B. im Zuge der Europäischen Integration oder im Rahmen von internationalen Abkommen und Organisationen. Damit gewinnt die Frage an Bedeutung, wie hier (demokratische) Beteiligung gestärkt werden kann. Und auch für das Aufgabenspektrum der politischen Bildung ergeben sich hieraus neue Akzente. Sie muss für die wachsende Bedeutung europäischer und globaler Handlungsräume sensibilisieren. Die Förderung einer Kultur der aktiven Teilhabe sollte wo möglich bereits in der Anlage von Bildungsangeboten Berücksichtigung finden – indem sie den Teilnehmenden Raum zur Mitgestaltung geben und so auch die Bereitschaft/Fähigkeit zu politischem Engagement fördern. Und schließlich geht es auch darum, wie bestehende und neue Instrumente der politischen Partizipation, wie z.B. das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative oder Versuche einer stärkeren Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure bei internationalen Verhandlungen, besser mit Angeboten der politischen Bildung vernetzt werden können.

Der Didaktik-Dialog bot ein Forum für den praxisorientierten Austausch über diese Fragen. Im Rahmen mehrerer Impulsvorträge wurden Instrumente und Initiativen vor- und zur Diskussion gestellt, die sich zum Ziel gesetzt haben, Partizipationsmöglichkeiten von Bürger/innen auf europäischer und globaler Ebene zu erweitern. Im zweiten Teil des Didaktik-Dialogs wurden dann mehrere Projektbeispiele aus der politischen Bildung präsentiert, die Partizipation erfahrbar machen möchten und für aktive Beteiligung werben.

Impulsvorträge

Hinführung: Bausteine für die globale Zivilgesellschaft von morgen

Sascha Meinert, Institut für prospektive Analysen e.V. (IPA)

Sascha Meinert näherte sich in seinem Impulsvortrag dem Begriff der „(Globalen) Zivilgesellschaft“ an. Zivilgesellschaft werde einerseits als Sphäre bzw. öffentlicher Raum verstanden, in dem eine Vielzahl vom Staat mehr oder weniger unabhängiger Akteure und Vereinigungen in unterschiedlichen Organisationsformen, Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen, insbesondere in Bereichen, in denen weder von Staat noch Markt hinreichende Lösungen erbracht werden (können). Zivilgesellschaft

„Starke Demokratie ist die Politik von Amateuren“

Benjamin Barber, 1984

beschreibt in diesem Sinne das auf das Gemeinwohl gerichtete Handeln jenseits von Markt und Staat. Typische Handlungsfelder liegen dabei in Bereichen, wie dem Schutz von Menschenrechten, der Bewahrung von Umwelt & Ressourcen, der Grundversorgung und im Gesundheitsbereich, der Entwicklungszusammenarbeit, dem Verbraucherschutz und der Korruptionsbekämpfung. Es gebe, so Meinert, z.T. aber auch sehr partikulare Interessen, für die sich zivilgesellschaftliche Akteure einsetzen. Man müsse darum jeweils im konkreten Fall betrachten, wer hier mit welchen Mitteln, welche Ziele vertrete.

Gleichzeitig werde „Zivilgesellschaft“ aber auch als normatives Leitbild im Sinne von (weitergehender) Demokratisierung und starker politischer Partizipation möglichst vieler Bürger/innen verstanden, im Sinne eines Gegenentwurfs zu einem zunehmend „bindungslosen Individualismus“, sowie zu autoritären Gesellschaftsformen und als Korrektiv für Marktversagen und die Defekte der repräsentativen Demokratie.

„(Zivil-)Gesellschaft“ sei, so Meinert, lange Zeit eng mit dem Nationalstaat verknüpft worden. Da mittlerweile viele Herausforderungen unserer Zeit aber grenzüberschreitender Natur seien, bilde sich schrittweise eine globale Zivilgesellschaft heraus. Die staatenübergreifende Dimension vieler Sachverhalte und politischer Entscheidungen habe gleichzeitig dazu beigetragen, dass sich auch zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend grenzüberschreitend vernetzen und organisieren. Grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Akteure und Netzwerke seien demnach sowohl Folge, als auch Korrektiv und treibende Kraft der Globalisierung.

Gleichwohl sieht Sascha Meinert auf dem Weg zur globalen Zivilgesellschaft zahlreiche Herausforderungen und Hürden. Hierzu gehöre insbesondere die Frage, wie sich „Gemeinwohl“ in globaler Perspektive bestimmen lasse. Zumindest bis dato sind westliche Akteure und Organisationen dominierend. Auch habe sich bisher zwar eine Weltöffentlichkeit herausgebildet, nicht aber eine Weltgesellschaft. In vielen Fällen seien zudem Ressourcen und Mitwirkungsrechte zu gering, um entscheidenden Einfluss zu nehmen. Eine weitere Herausforderung bestehe in dem Spannungsfeld zwischen Professionalisierung einerseits und freiwilligem Engagement andererseits. Viele Akteure seien zudem abhängig von staatlicher Finanzierung.

Welche Aufgaben leiten sich daraus für die politische Bildung ab? Sie müsse zum einen für die wachsende Bedeutung europäischer und globaler Handlungsräume sensibilisieren und über Möglichkeiten der Partizipation informieren. Sie sollte Kommunikation und Feedback organisieren, wie auch zur Transparenz zivilgesellschaftlicher Organisationen beitragen. Gleichzeitig sollten auch grenzüberschreitende Strukturen und die Vernetzung von politischer Bildung gefördert werden. Politische Bildung könne als „Labor“ zur Förderung einer Kultur der aktiven Teilhabe fungieren und Bürger/innen zu aktivem Engagement, Empathie und Perspektivenvielfalt befähigen und motivieren.

Die Europäische Bürgerinitiative

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Europa-Union Berlin

Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vorsitzende der Europa-Union Berlin und ehemalige EU-Abgeordnete, stellte die am 1. April 2012 eingeführte Europäische Bürgerinitiative (EBI) vor, mit der die direkte Demokratie in der EU gestärkt werden soll. Entstanden ist die Idee einer EBI im Rahmen des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union in den Jahren 2002/2003, verankert wurde sie schließlich im Vertrag von Lissabon. Um eine EBI auf den Weg zu bringen, benötigt es Unterschriften von insgesamt einer Million EU-Bürger/innen, die gleichzeitig aus mindestens sieben verschiedenen EU-Ländern stammen. EU-Bürger/innen können sich auf diese Weise direkt an die Europäische Kommission wenden und diese auffordern, einen Gesetzesvorschlag einzubringen. Sylvia-Yvonne Kaufmann betonte, dass die Bürger/innen damit in Bezug auf das Initiativrecht mit dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union auf eine Stufe gestellt würden. Die Kommission ist allerdings nicht verpflichtet, tätig zu werden. Entscheidet sie sich dagegen, muss sie dies jedoch öffentlich begründen. In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um die Sorge, die EBI könne von Interessengruppen z.B. aus der Wirtschaft genutzt werden, um Partikularinteressen durchzusetzen, wenn diese auf dem „normalen“ Gesetzesweg kein Gehör gefunden haben. Sylvia-Yvonne Kaufmann wies in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig deshalb absolute Transparenz bei der EBI sei. So müssen die Initiatoren einer EBI auch angeben, von wem und in welcher Höhe sie Sponsorengelder erhalten. Dies müsse für die Bürger/innen klar erkennbar sein, da sie ja mit ihrer Unterschrift die Initiative unterstützen. Sylvia-Yvonne Kaufmann unterstrich noch einmal, dass die EBI eine absolute Innovation sei, die es in dieser Form nur in der EU gebe. Da sie ein ganz junges Pflänzchen ist, sei ihr „Werdegang“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig offen. Vieles werde davon abhängen, wie stark sie von den Bürger/innen genutzt werde. Von der politischen Bildung wünschte sich Sylvia-Yvonne Kaufmann deshalb insbesondere, dass sie mithilfe, das Instrument bekannt(er)



Weiterführende Links:

[Fraternite 2020](#) (erste offiziell registrierte EBI)

EBI-Website der [Europäischen Kommission](#)

Sylvia-Yvonne Kaufmann und Julian Plottka (2012) [Die Europäische Bürgerinitiative: Start in ein neues Zeitalter partizipativer Demokratie auf EU-Ebene](#). In: EUD-konkret 1/2012.

Andreas Maurer und Stephan Vogel (2009) [Die Europäische Bürgerinitiative. Chancen, Grenzen und Umsetzungsempfehlungen](#). SWP-Studie, Berlin.

zu machen und dafür zu werben, es aktiv zu nutzen. Die erste EBI trägt übrigens den Namen *Fraternité 2020* und wurde von der Europäischen Kommission zum Europatag am 9. Mai 2012 offiziell registriert. *Fraternité 2020* möchte europäische Austauschprogramme wie Erasmus oder den europäischen Freiwilligendienst verbessern, um es mehr EU Bürger/innen zu ermöglichen, Zeit in einem anderen EU Mitgliedsland zu verbringen. Die Initiatoren haben nun zwölf Monate Zeit, bei den EU Bürger/innen für ihr Anliegen zu werben und die nötigen Unterschriften zusammenzutragen.

Perspektiven für die Demokratisierung der Weltinnenpolitik

Friedrich Brandi, Komitee für eine demokratische UNO (KDUN)

Friedrich Brandi stellte die Arbeit des Komitees für eine demokratische UNO (KDUN) vor. Nach Einschätzung Friedrich Brandis bestünden auf UN-Ebene bisher kaum Möglichkeiten zur Partizipation und zu wenig Transparenz. Letztlich sei die UN ein Forum der Nationen, nicht der Bürger/innen der Welt.



Um die Arbeit und die Entscheidungen der UN bürgernäher, demokratischer und transparenter zu machen, schlägt das KDUN die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung als Nebenorgan der Generalversammlung vor.



Logo-Vorschlag der UNPA

Die Einrichtung eines Nebenorgans der Generalversammlung kann nach Artikel 22 erfolgen und würde die Schwelle einer Charta-Änderung nicht überschreiten, was entscheidend sei, da eine Reform der UN-Charta nur mit Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats möglich und daher sehr unwahrscheinlich sei.

Seit 2007 läuft die von mehreren internationalen NGOs gestartete internationale „Kampagne für die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen“. Im ersten Schritt soll kein „Weltparlament“, sondern eine Parlamentarische Versammlung etabliert werden, die sich i.d.R. aus Abgeordneten nationaler Parlamente zusammensetzen würde. Die Parlamentarische Versammlung solle eine demokratische, unabhängige und repräsentative Stimme der Weltöffentlichkeit sein. Sie solle sich zunächst mit den gleichen Fragen befassen, die auch in der UN-Generalversammlung behandelt werden, und überwiegend mit beratenden Funktionen ausgestattet sein. Schrittweise sollte sie dann nach Auffassung der Initiatoren echte Informations-, Teilhabe- und Kontrollrechte erhalten.

Mehr als 4700 Individuen aus 150 Ländern, über 350 Professoren, mehr als 1000 Parlamentarier sowie mehrere regionale und nationale Parlamente haben nach Angaben der Organisatoren den Aufruf bisher unterzeichnet.

Friedrich Brandi betonte, dass die Parlamentarische Versammlung als ein wichtiger erster Schritt anzusehen ist. So sei auch das Europäische Parlament – mittlerweile direkt gewähltes und gleichberechtigtes Gesetzgebungsorgan – ebenfalls zunächst als Parlamentarische Versammlung gestartet. Natürlich gebe es noch viele praktische Fragen zu klären, u.a. den wichtigen Punkt der Sitzverteilung. Auch hier gibt es schon erste Vorschläge seitens der Kampagne, die davon ausgeht das eine solche Versammlung maximal 800-1000 Abgeordnete umfassen dürfe, um arbeitsfähig zu sein.

Friedrich Brandi sieht wichtige Aufgaben für die politische Bildung insbesondere darin, für Offenheit zu werben, globale Interdependenzen aufzuzeigen und die Herausbildung eines „Weltbürgerbewusstseins“ zu fördern. Konzepte aus der politischen Philosophie, wie etwa der Gesellschaftsvertrag, sollten auf die globale Ebene projiziert werden. Durch die Simulation internationaler Politik (z.B. zum Thema Klimaverhandlungen) sollten globale Entscheidungsmechanismen nicht nur erklärt, sondern auch kritisch hinterfragt werden. Friedrich Brandi wünscht sich hier eine intensive Kooperation zwischen der KDUN und Trägern der politischen Bildung. Mögliche Synergien sieht er z.B. bei der Erstellung von Informationsmaterialien und Methoden zu UN-Themen oder auch bei der Veröffentlichung von Artikeln in Medien der politischen Bildungsarbeit.

Weiterführende Links:

Website des [Komitee für eine demokratische UNO](#) (KDUN)

Deutsche Website der [Kampagne für ein Parlament bei den Vereinten Nationen](#) (UNPA)

„Ein Parlament bei der UNO: [Häufige Fragen und Antworten](#)“ (KDUN)

[Model-United-Nations-Konferenzen](#) (UN-Planspiele)

Partizipative Verfahren auf internationaler Ebene

Erfahrungen aus den Projekten „World Wide Views on Global Warming“ und „WWViews on Biodiversity“

Dr. Martin Knapp, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)

Martin Knapp berichtete in seinem Impulsvortrag zunächst von den Erfahrungen im Rahmen des Projektes „World Wide Views on Global Warming“. Kernbestandteil des Projekts war die Organisation von Bürgerkonferenzen zu Fragen der Klimapolitik. Das besondere war in diesem Fall, dass die Bürgerkonferenzen im Vorfeld der in Kopenhagen im Dezember 2009 stattfindenden UN-Klimakonferenz zeitgleich in mehreren Ländern durchgeführt werden sollten. WWViews wollte in möglichst vielen Ländern der Welt Bürger/innen versammeln

und ihnen die Möglichkeit geben, ihre eigenen Ansichten zu Schlüsselthemen und grundsätzlichen Fragen zu diskutieren, die für die Verhandlungen auf dem UN Klimagipfel von zentraler Bedeutung waren. Am Projekt WWViews waren weltweit Einrichtungen aus 38 Ländern beteiligt, die sich zur Organisation von insgesamt 45 Bürgerversammlungen bereit



erklärten. Die Bürger/innen hatten in diesem Rahmen die Gelegenheit, sich über Probleme des Klimawandels und die Aufgaben und Ziele des UN-Gipfels auszutauschen, ihre eigenen Sorgen und Erwartungen, sowie ihre Forderungen an die Klimapolitik zu formulieren und diese letztlich der Öffentlichkeit und den Teilnehmenden des Gipfels zur Kenntnis zu bringen. Am 26. September 2009 fanden sich in den teilnehmenden Ländern jeweils ca. 100 Bürger/innen zu einer Bürgerkonferenz zusammen. Sie wurden vorab von den nationalen Organisatoren mit inhaltlich gleich lautendem Informationsmaterial über die Klimaproblematik und den Gegenstand der Verhandlungen des Klimagipfels informiert. Die Teilnehmenden diskutierten ein gemeinsames Set von Fragen und Problemen und tauschten schließlich die Resultate ihrer Diskussion über eine Internetplattform aus und publizieren sie dort.

Die Ergebnisse der Bürgervoten wurden zudem in einer Online-Datenbank visualisiert und können z.B. regional verglichen werden. Entstanden ist außerdem ein Katalog mit hunderten von individuellen Bürgerempfehlungen für konkrete Entscheidungen auf der Weltklimakonferenz 2009. Die aufbereiteten Projektergebnisse wurden den nationalen Gipfel-Delegierten zur Verfügung gestellt und auf einer eigenen Veranstaltung während der COP-15 Weltklimakonferenz in die Debatte eingespeist.

Letztlich ist es natürlich schwierig zu bemessen, welchen Einfluss ein solches Verfahren tatsächlich auf den politischen Entscheidungsprozess gehabt hat. Positiv hob Martin Knapp hervor, dass die Prozessteilnahme die Bürger/innen laut ihrer eigenen Einschätzung für die Thematik sensibilisiert und umfassend informiert habe. Auch das Format einer Bürgerkonferenz habe sich als geeignet erwiesen, um zu einem ganzen Tag der Mitarbeit mit hoher Konzentration und Tiefe zu motivieren. Die Teilnehmenden waren per Zufallsauswahl ausgesucht und eingeladen worden. Dennoch ergab sich letztlich eine Überrepräsentierung von bereits stark gesellschaftlich engagierten Bürger/innen, da die Teilnahme an der Konferenz selbstverständlich freiwillig war. In der Diskussion wurde deutlich, dass diese Schwierigkeiten in vielen Kontexten immer wieder auftritt und es hier wohl auch neuer Wege bedarf, um Menschen zu motivieren, sich aktiv in Themen von globaler Dimension einzubringen. Das „Label“ Bürgerbeteiligung könnte sich für einige Zielgruppen sogar als eher hinderlich erweisen, vielmehr gilt es, den

Weiterführende Links:

Website des Projekts
[„WWViews on Global Warming“](#)

ITAS-Informationswebsite
zu [„WWViews on Global Warming“](#)

Website des Projekts
[„WWViews on Biodiversity“](#)

persönlichen Bezug zu einem Thema herzustellen.

In diesem Jahr läuft das Folgeprojekt „WWViews on Biodiversity“, das die Problematik der biologischen Vielfalt thematisiert. Martin Knapp berichtete, dass hier bereits wertvolle Erfahrungen aus dem Vorläuferprojekt einfließen konnten. Wichtige Anpassungen fanden u.a. in Bezug auf die Rekrutierung der Teilnehmenden statt, nicht zuletzt wegen der zentralen Rolle dieser Frage in Bezug auf die Legitimierung von Partizipationsprozessen. Zudem solle die stärkere Anbindung an die Entscheidungsprozesse auf UN-Konferenzen für eine bessere Wahrnehmung durch die relevanten politischen Akteure sorgen.

Partizipation (er)leben - Projektbeispiele aus der politischen Bildung

„Dialog macht Schule. Politische Bildung mit Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft“

Schady Ali-Abbassi und Katharina Müller (Dialogmoderatorinnen)

„Dialog macht Schule“ ist ein gemeinsames Modellprojekt der bpb und der Robert Bosch Stiftung, das seit 2009 in Kooperation mit dem Bezirksamt Neukölln in Berlin und der Stadt Stuttgart läuft. Im Rahmen des Projekts wird Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler/innen aus Zuwandererfamilien ein neues Format für politische Bildung geboten. Das Projekt lebt dabei von seinen insgesamt 17 Dialogmoderatoren/innen: Sie sind zwischen 20 und 32 Jahren alt und in der Regel Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen. (Fast) alle von ihnen haben selbst einen Migrationshintergrund. Das Modellprojekt umfasst Dialoggruppen an sechs ausgesuchten Schulen in den beiden Städten. Ziel ist es, mit innovativen Methoden auch diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die mit Politik zunächst wenig anzufangen wissen und mit den klassischen Angeboten politischer Bildung in der Regel nicht erreicht werden können.



Die Jugendlichen sollen als Gesprächspartner/innen ernst genommen werden und auch z.B. die Themen mitbestimmen können. Wichtig ist dem Projekt zudem, an der Lebenswelt der Jugendlichen anzudocken und sie mit politischen Themen zu verknüpfen, z.B. über das Einkaufsverhalten der Schüler/innen. Gleichzeitig sollen Empathiefähigkeit,

Diskussionskompetenz und soziale Fähigkeiten gestärkt werden. Das Projekt möchte den Schulen auf diese Weise auch einen Mehrwert für die Entwicklung einer dialogischen Schulkultur bringen.

Schady Ali-Abbassi und Katharina Müller unterstrichen, dass die dreijährige Laufzeit des Projekts eine kontinuierliche Arbeit mit der Gruppe ermögliche und so schrittweise ein Vertrauensraum aufgebaut werden könne, den es in dieser Form in der Schule so meist nicht gäbe. Wichtig sei zudem eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Lehrer/innen der Schulen, auch wenn diese in den Stunden selber nicht im Raum seien.

Weiterführende Links:

[Prezi](#) der Projektvorstellung beim Didaktik-Dialog

Informationen zum Projekt auf werkstatt.bpb.de

Radiobeitrag über das Projekt auf [DRadio](#)

teamGLOBAL und Young European Professionals

Clemens Schwanhold und Sabrina Reindl (teamGLOBAL), Mathias Großklaus (YEPs)

Die seit rund sieben bzw. sechs Jahren bestehenden Peer-Group-Education-Projekte der bpb – teamGLOBAL und YEPs – weisen viele Schnittstellen zu den Ansätzen des Projekts „Dialog macht Schule“ auf. Auch hier geht es darum, spannende Bildungsangebote für Jugendliche zu gestalten. Ziel ist, Verständnis für die vielschichtigen politischen Dimensionen der Globalisierung (teamGLOBAL) bzw. des Europäischen Integrationsprozesses (YEPs) zu vermitteln, sowie Verständnis für politische Sachverhalte insgesamt zu fördern und junge Menschen zur Partizipation zu befähigen. Der Lernprozess vollzieht sich dabei stets in einer offenen, aktiven und handlungsorientierten Weise. Die Netzwerkmitglieder im Alter von 17 bis 27 Jahren verstehen sich als Mitlernende, d.h. sie sehen sich nicht als „Experten/innen“, sondern möchten die Themen für andere Jugendliche auf Augenhöhe erschließen und dabei ihre eigenen Kompetenzen stärken und weiter entwickeln. So entsteht eine größere Nähe, Authentizität und Intensität, die dem Lernprozess zugute kommt. Wichtig ist dabei, stets einen persönlichen Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen herzustellen und mit ihnen Möglichkeiten zu erkunden, wie sie sich selbst aktiv einbringen können in Fragestellungen von europäischer oder sogar globaler Dimension.



Interessierte Schulen und Jugendeinrichtungen können teamGLOBAL oder die YEPs an ihre Schulen einladen. Es gibt jeweils ein Kontingent an Veranstaltungen, bei denen den teilnehmenden Einrichtungen keine Kosten entstehen.

Clemens Schwanhold, Sabrina Reindl und Mathias Großklaus berichten von ihren Erfahrungen, die sie im Projekt als Teamer/in gesammelt haben. In den letzten Jahren haben sich beide Netzwerke bemüht, verstärkt an Gemeinschafts-, Berufs- und Hauptschulen Workshops anzubieten. Auch hier habe man sehr viel positive Resonanz erfahren. Ein wichtiges Merkmal beider Initiativen sei, dass nicht nur die Workshopangebote partizipativ ausgelegt sind, sondern dass die Netzwerkmitglieder ebenfalls in einen partizipativen Prozess eingebunden sind und maßgeblich die Gestaltung und Weiterentwicklung des Projekts mitbestimmen.

Weiterführende Links:

teamGLOBAL

- [Projektwebsite](#)
- [Newsletter](#)
- [Methodenbausteine](#)

Website [Young European Professionals](#)

Jugenddelegierte zur UN-Vollversammlung

Sabrina Reindl (UN Jugenddelegierte 2012)

Sabrina Reindl und Patrick Rohde sind die beiden aktuellen Jugenddelegierten, die die deutsche Abordnung zur UN-Generalversammlung nach New York im September 2012 begleiten werden. Dort werden sie als Berater/in in Sachen Jugend fungieren. Seit März befinden sich die beiden auf einer „Deutschlandtour“, um Meinungen, Visionen und Forderungen Jugendlicher in Deutschland zu sammeln und sie später in die UN-Verhandlungen einzubringen.



Träger des Programms sind das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit und die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. Das Projekt möchte der Jugend bei der UN eine Stimme geben. Mit der Initiative soll die Beteiligung der Jugend bei UN-Entscheidungen gestärkt, die Lebenswelten von jungen Menschen in die politischen Prozesse eingebracht und Jugend als Gegenstand und Maßstab politischen Handelns etabliert werden. Den Jugendlichen sollen Möglichkeiten der Mitgestaltung präsentiert werden und die Werte und Arbeit der UN transparenter gemacht werden.

Welche Partizipationsmöglichkeiten gibt es konkret im Rahmen des Jugenddelegiertenprogramms? Sabrina Reindl berichtete, dass Jugenddelegierte insbesondere eine Rede im 3. Ausschuss der UN Generalversammlung halten dürfen. Außerdem werde es einen SideEvent in New York zusammen mit anderen internationalen Jugenddelegierten geben. Schließlich beraten sie die deutsche

Delegation in Jugendfragen und haben so – wengleich begrenzte – informelle Einwirkungsmöglichkeiten bei einigen Resolutionen (z.B. Jugendresolution, Kinder- und Jugendrechtsresolution). Gleichzeitig haben die Jugenddelegierten selbst die Möglichkeit der aktiven Partizipation, z.B. im Rahmen ihrer „Deutschlandtour“, bei der Organisation eines Projekts zum internationalen Tag der Jugend und im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ und dem Auswärtigem Amt.

Dennoch gibt es auch einige kritische Punkte, die Sabrina Reindl sieht. Da die Jugenddelegierten ihr Mandat komplett ehrenamtlich ausüben, dürfte es für die meisten Jugendlichen nicht möglich sein, sich zum UN-Jugenddelegierten wählen zu lassen. So verwehre die fehlende Finanzierung an der Stelle vielen jungen Menschen Partizipationsmöglichkeiten. Außerdem gelte es aufzupassen, dass in den verschiedenen Kontexten, in denen die Jugenddelegierten eingeladen würden, Partizipation nicht nur als „Feigenblatt“ benutzt werde, z.B. um einer Veranstaltung einen jugendlichen Anstrich zu geben. Außerdem sei es natürlich schwierig, die verschiedenen Lebensrealitäten junger Menschen durch zwei Jugenddelegierte zu vertreten. Eine Herausforderung sei zudem, die Kontinuität der Arbeit sicherzustellen, da es jedes Jahr zwei neue Jugenddelegierte gibt. Die „Amtsvorgänger/innen“ seien aber sehr bemüht, die neuen Delegierten auf ihre Rolle vorzubereiten und sie mit ihren Erfahrungen zu unterstützen.



Weiterführende Links:

- Projektwebsite
Jugenddelegierte.de
- [Projektflyer](#)
- [UN-Weltjugendbericht 2012](#)

„CHANCE EUROPA 2020 – Jugend und Politik im Dialog“

Sascha Meinert und Michael Stollt (Institut für prospektive Analysen)

Das Projekt "CHANCE EUROPA 2020 - Jugend und Politik im Dialog" möchte Jugendlichen eine Plattform bieten, sich aktiv zu Fragen einzubringen, die ihnen wichtig sind und sie unmittelbar betreffen. Ziel Projekts ist es, junge Menschen zu befähigen, die aus ihrer Sicht wesentlichen jugendpolitischen Aufgaben, Leitbilder und Politikinhalte zu benennen, die in der Zukunft eine stärkere Aufmerksamkeit bzw. auch ein stärkeres gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene erfordern. Dabei geht es weniger um das tagespolitische Geschehen, als um mittel- und längerfristige Entwicklungspotenziale. Die teilnehmenden Jugendlichen können sich entsprechend ihrer Vorkenntnisse, Fähigkeiten und Präferenzen einbringen. Die Zusammensetzung des Teilnehmendenkreises soll zudem die Herausbildung einer europäischen Perspektive und Empathie für andere Sichtweisen fördern.



Weiterführende Links:

Projektwebsite

[„ChanceEuropa2020“](#)

Mediathek mit den [Beiträgen und Ergebnissen](#) der vergangenen Jahre

Deutschsprachige Website des [Strukturierten Dialogs](#)

Das Projekt CHANCE EUROPA 2020 besteht aus einem Kreativwettbewerb und einem Zukunftskongress und wird seit mehreren Jahren vom Institut für prospektive Analysen und dem FEZ Berlin ausgerichtet. Mittlerweile ist das Projekt ein Baustein des Strukturierten Dialogs, der im Zuge des Weißbuchprozesses ('Neuer Schwung für die Jugend') und des Europäischen Pakts für die Jugend 2006 von der EU auf den Weg gebracht wurde und Jugendliche kontinuierlich an der Weiterentwicklung der EU-Jugendpolitik beteiligen möchte. Es sei eines der wenigen Projekte im Rahmen des Strukturierten Dialogs, das sich insbesondere an nichtorganisierte Jugendliche wende, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich mit kreativen Zukunftsentwürfen auf eine konstruktive Weise einzubringen. Die teilnehmenden Jugendlichen stünden dabei im Mittelpunkt – sie seien die Autoren/innen der Ergebnisse, die am Ende stehen und bringen ihre Prioritäten in ihrer eigenen Symbolsprache in den Strukturierten Dialog ein. Medium des Dialogs sind dabei Szenarien – Geschichten über mögliche Zukünfte, die in unterschiedlichen Medienformaten (z.B. Rap, Radio...) umgesetzt werden. Eine Reihe von Projektpaten/innen aus Politik und Verwaltung diskutieren mit den Jugendlichen die im Rahmen des Zukunftskongresses entstandenen Szenarien und die darin enthaltenen Wünsche und Forderungen an die Politik.

Fazit

Im Rahmen des Didaktik-Dialogs wurden sehr unterschiedliche Projekte und Instrumente vorgestellt und diskutiert, die Bürger/innen zur aktiven Teilhabe an europäischen und globalen Fragestellungen motivieren und befähigen möchten. Gerade die Verschiedenheit der vorgestellten Initiativen erwies sich dabei als befruchtend. Es wurde gleichzeitig deutlich, dass man sich hier in einem Lernprozess befindet und der Erfahrungsaustausch zwischen den Initiativen von großer Bedeutung ist.

Eine Kernherausforderung bleibt, Bürger/innen zu motivieren, sich in Themen zu engagieren, die über den „lokalen oder nationalen Tellerrand“ hinausgehen. Hier ist es naturgemäß noch schwieriger, einen unmittelbaren Nutzen oder gar ein konkretes Ergebnis des eigenen Engagements vorweisen zu können. Eine Herausforderung ist zudem der Umgang mit möglichen Frustrationen, die auftreten können, wenn die eigene Stimme eben nicht „von der Politik“ gehört wird. Dies macht auch deutlich, wie wichtig es ist, dass Partizipationsangebote ernst gemeint sein müssen und politischen Entscheidungsprozessen nicht lediglich einen „partizipativen Schönheitsanstrich“ verleihen sollen.

Der politischen Bildung kommt bei der Förderung von Partizipation eine zentrale Rolle zu. Sie kann informieren, motivieren, die Vernetzung von Akteuren fördern und ihre eigenen Angebote ebenfalls partizipativ(er) gestalten und so ihren Beitrag zum Entstehen einer Kultur der aktiven Teilhabe leisten. Wichtig wird dabei sein, unmittelbare Bezüge zur Lebenswelt herzustellen und konstruktive Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man selbst als Einzelne/r „einen Unterschied“ machen kann.



Programm

9:00 Uhr – 9:30 Uhr

Begrüßung und Anliegen der Veranstaltung

Benedikt Meurer, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Hinführung: **Bausteine für die globale Zivilgesellschaft von morgen**

Sascha Meinert, Institut für prospektive Analysen e.V. (IPA)

9:30 Uhr – 10:30 Uhr

Impulse (je ca. 15')

Impuls: **Die Europäische Bürgerinitiative** (& TN-Reaktionen)

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Europa-Union Berlin

Impuls: **Perspektiven für die Demokratisierung der Weltinnenpolitik** (& TN-Reaktionen)

Friedrich Brandi, Komitee für eine demokratische UNO (KDUN)

Impuls: **Partizipative Verfahren auf internationaler Ebene - Erfahrungen aus den Projekten**

„World Wide Views on Global Warming“ und „WWViews on Biodiversity“ (& TN-Reaktionen)

Dr. Martin Knapp, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)

10:30 Uhr – 11:00 Uhr

Fishbowl-Diskussion: Wie kann politische Bildung Initiativen für mehr Partizipation auf europäischer und globaler Ebene unterstützen?

11:00 Uhr – 11:15 Uhr

Pause

11:15 Uhr - 12:30 Uhr

Partizipation (er)leben - Projektbeispiele aus der politischen Bildung

Vorstellung und Diskussion partizipativer Elemente aus den Projekten bzw. Initiativen

„teamGLOBAL“, „Young European Professionals“ (YEPs), „Dialog macht Schule. Politische Bildung mit Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft“, „CHANCE EUROPA 2020 – Jugend und Politik im Dialog“ und „Jugenddelegierte zur UN-Vollversammlung“.

12:30 Uhr – 13:30 Uhr

Kleiner Imbiss und Austausch

13:30 Uhr – 14:30 Uhr

Werkstattgespräch: Wie lässt sich Partizipation im Rahmen von

Angeboten der politischen Bildung stärken? – Erfolgskriterien und Hindernisse

Abschlussrunde und Ausklang des Didaktik-Dialogs